
Jahresziele und Projekte 2011 der Bildungs- und Kulturdirektion

Altdorf, 18. August 2011

ÜBERSICHT

durch anklicken gelangen Sie auf das entsprechende Ziel

DIREKTIONSSEKRETARIAT	3
UMSETZUNGSMASSNAHMEN IM RAHMEN DES LEITBILDES DER BILDUNGS- UND KULTURDIREKTION (BKD)	3
FESTIGUNG DES EINSATZES VON ICAMPUS ALS VERWALTUNGS SOFTWARE IN DEN SCHULVERWALTUNGEN	3
ES WIRD EIN KURS FÜR NEUE SCHULRÄTE DURCHGEFÜHRT	4
VOLKSSCHULE	4
VOLKSSCHULE 2016: UMSETZUNG 1. PAKET GESETZGEBERISCHE ANPASSUNG	4
VOLKSSCHULE 2016: UMSETZUNG 2. PAKET GESETZGEBERISCHE ANPASSUNG	4
NEUREGELUNG DES SCHULMEDIZINISCHEN DIENSTES	5
EINFÜHRUNG VON STELLWERK UND UMGESTALTUNG DES 9. SCHULJAHRES	6
EVALUATION DER FÖRDERUNGSMASSNAHMEN	6
REVISION DES PROMOTIONSREGLEMENTS	7
FERIENREGELUNG ZWISCHEN DEN WEIHNACHTS- UND SOMMERFERIEN	7
INTERVENTIONSPLAN AMOKLAUF FÜR DIE SCHULEN	8
PROJEKTE DER ANSPRECHSTELLE INTEGRATIONSFRAGEN	8
BERUFSBILDUNG UND MITTELSCHULEN	9
CASE MANAGEMENT BERUFSBILDUNG	9
EINFÜHRUNG NEUER BERUFE	9
EXTERNE EVALUATION DER KANTONALEN MITTELSCHULE UND DES BWZ URI	10
BERUFS-, STUDIEN- UND LAUFBAHNBERATUNG	11
INTERAKTIVE BERUFSWAHLPLATTFORM AUF BERUFSBERATUNG.CH	11
SPORTFÖRDERUNG	11
KONZEPT ERWACHSENENSSPORT IM KANTON URI	11
SPORTANLAGENKONZEPT	12
KULTURFÖRDERUNG	13
UMSETZUNG DER UNESCO KONVENTION ZUR BEWAHRUNG DES IMMATERIELLEN KULTurerbes IKE	13
JUGENDPOLITIK	14
KANTONALE VOLKSINITIATIVE "FÜR EIN JUGENDHAUS FÜR URI"	14
ERARBEITEN VON RECHTLICHEN GRUNDLAGEN FÜR DIE KINDER- UND JUGENDFÖRDERUNG	14

Umsetzungsmassnahmen im Rahmen des Leitbildes der Bildungs- und Kulturdirektion (BKD)

[Zurück zur Übersicht](#)

Die BKD hat im 2007 ein Leitbild beschlossen (<http://www.ur.ch/dateimanager/leitbild2010.pdf>). Das Leitbild wird laufend mit Massnahmen ergänzt. Im 2011 sollen folgende Massnahmen umgesetzt werden:

- In allen Abteilungen sind die wichtigsten Abläufe beschrieben und mit Leistungsstandards versehen.
- Im 2011 wird eine gezielte Befragung der Kundinnen und Kunden durchgeführt.
- Für die Jahresplanung und das Ressourcenmanagement werden 2011 neue Instrumente eingeführt und erprobt.

Stand

Alle Abteilungen haben im 2009 erste Abläufe beschrieben. Im 2010 wurden die Arbeiten fortgesetzt. Für die Befragung der Kundinnen und Kunden wurde ein Detailkonzept erarbeitet.

Nächste Schritte

Die Teilprojekte sind infolge zeitlich anders gesetzter Prioritäten sistiert. Die Kundenbefragungen werden im 2012 durchgeführt. Einzelne Abläufe werden im Zusammenhang mit der Einführung einer neuen Softwarelösung für das Rechnungswesen (Gemowin) überarbeitet und angepasst.

Ziel bis Ende Jahr

Die Arbeiten an diesem Projekt werden erst im 2012 weitergeführt.

Festigung des Einsatzes von iCampus als Verwaltungssoftware in den Schulverwaltungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Verschiedene Gemeinden verwenden - vorerst vor allem für die Erfassung der Schülerdaten für die Statistik - seit dem Schuljahr 2007/08 die Schulverwaltungssoftware iCampus. Ab Schuljahr 2011/12 wird die Software von allen Schulen der Volksschule eingesetzt werden. In der praktischen Anwendung von iCampus kommt es immer wieder zu Schwierigkeiten, weil die einzelnen Schulverwaltungen das Programm unterschiedlich intensiv einsetzen.

Die aktuelle digitale Zeugnisversion kann nicht mehr langfristig eingesetzt werden. Das Schulverwaltungsprogramm iCampus bietet ohne Aufpreis die Möglichkeit, Zeugnisse zu verwalten.

Stand

Der Auftrag zur Gestaltung des Zeugnisses für eine Testversion wurde erteilt. Die Zeugnissoftware wird von einzelnen Lehrpersonen getestet.

Nächste Schritte

Die Testphase wird ausgewertet und das Endprodukt erstellt.

Ziel bis Ende Jahr

iCampus als Zeugnissoftware wird ab 1. August 2012 produktiv eingesetzt.

Es wird ein Kurs für neue Schulräte durchgeführt

[Zurück zur Übersicht](#)

Der letzte Kurs für neue Schulräte wurde im Jahr 2007 durchgeführt. Seither haben viele neue Personen die Arbeit im Schulrat neu aufgenommen. Im 2011 soll deshalb wieder ein Kurs durchgeführt werden.

Stand

Der Kurs wurde zwischen 10. März und 7. April 2011 durchgeführt. Die Unterlagen finden sich auf: <http://www.ur.ch/dateimanager/kursdokumentation-2011.pdf>

Volksschule

Volksschule 2016: Umsetzung 1. Paket gesetzgeberische Anpassung

[Zurück zur Übersicht](#)

Eine breit abgestützte Projektgruppe hat einen Bericht erarbeitet, wie die Volksschule Uri im 2016 aussehen könnte. Der Bericht wurde zwischen Februar und Juni 2010 in eine breite Vernehmlassung gegeben. Darauf gestützt wurde ein Planungsbericht an den Landrat erarbeitet.

Stand

Der Landrat behandelte den Planungsbericht an seiner Session vom 26. Januar 2011. Der Landrat behandelte an seiner Sitzung vom 25. Mai 2011 die Vorlage zur Änderung der Schulverordnung mit den beiden Elementen Senkung maximale Zahl Schülerinnen und Schüler auf der Primarstufe von heute 26 auf neu 24 Schülerinnen und Schüler und die Anrechnung Funktion Klassenlehrperson in Form einer Lektion. Vorlage:

http://www.ur.ch/dateimanager/botschaften/botschaft_file_829_6028.pdf

Erziehungsrat und Regierungsrat beschlossen am 10. Mai 2011 eine Änderung des Reglements über die Anstellung und Weiterbildung der Lehrpersonen (AWR RB 10.1224) mit folgenden Punkten:

- Anpassung Berufsauftrag (Schulische Heilpädagogik und Klassenlehrperson im Bereich Integrierte Sonderschulung)

Volksschule 2016: Umsetzung 2. Paket gesetzgeberische Anpassung

[Zurück zur Übersicht](#)

Eine breit abgestützte Projektgruppe hat einen Bericht erarbeitet, wie die Volksschule Uri im 2016 aussehen könnte. Der Bericht wurde zwischen Februar und Juni 2010 in eine breite Vernehmlassung gegeben. Darauf gestützt wurde ein Planungsbericht an den Landrat erarbeitet.

Stand

Der Landrat behandelte den Planungsbericht an seiner Session vom 26. Januar 2011. Die Vernehmlassung hat stattgefunden. LINK auf Ergebnisse:

<http://www.ur.ch/de/bkd/ds/vernehmlassungen-m1644/>

Nächste Schritte

Es wird eine Vorlage an den Landrat mit folgenden Punkten erarbeitet:

- Anpassungen Oberstufe (Abschaffung separierte Oberstufe)
- Einführung betreute Hausaufgabenzeit auf freiwilliger Basis
- Einführung von Elternrat und Schülerrat auf freiwilliger Basis

Ziel bis Ende Jahr

Der Landrat hat bis Ende Jahr die entsprechenden Beschlüsse gefasst.

Volkschule 2016: effiziente Umsetzung des Berufsauftrags

[Zurück zur Übersicht](#) Die Belastung der Lehrpersonen wurde in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit zunehmend zum Thema. Mit Hilfe eines Projektes soll geklärt werden, mit welchen Massnahmen in den verschiedenen Arbeitsfeldern die "administrativen und bürokratischen" Arbeiten der Lehrpersonen reduziert werden können, damit die Rahmenvorgaben des Berufsauftrages eingehalten werden können und somit auch das Arbeitsfeld Klasse (Kerntätigkeit) den notwendigen Stellenwert beibehalten oder wieder erlangen kann.

Stand

Der Erziehungsrat hat den Projektauftrag beschlossen und es wurde eine Projektgruppe eingesetzt.

Nächste Schritte

Die Projektgruppe erarbeitet Vorschläge. Es soll eine Befragung von Lehrpersonen durchgeführt werden.

Ziel bis Ende Jahr

Es liegt ein Zwischenbericht mit konkreten Vorschlägen vor.

Neuregelung des Schulmedizinischen Dienstes

[Zurück zur Übersicht](#) Die Verordnung über den schulzahnärztlichen Dienst (RB 10.1425) und die Verordnung über den schulärztlichen Dienst (RB 10.1421), entstanden in den 70er Jahren, sind veraltet und bedürfen dringend einer Erneuerung. Eine Projektgruppe erarbeitete einen Vorschlag zur Neuregelung. Dieser Vorschlag wurde im September/Oktober 2010 in eine breite Vernehmlassung gegeben. Darauf gestützt wurde ein Bericht und Antrag an den Landrat für eine Änderung der Schulverordnung erarbeitet.

Stand

Der Landrat hat 26. Januar die Neuregelung des Schulmedizinischen Dienstes beschlossen. LI-NIK auf die Vorlage: http://www.ur.ch/dateimanager/botschaften/botschaft_file_807_1112.pdf

Der Erziehungsrat hat das entsprechende Reglement am 6. April 2011 beschlossen.

Das Projekt ist abgeschlossen.

Einführung von Stellwerk und Umgestaltung des 9. Schuljahres

[Zurück zur Übersicht](#)

Die Nahtstelle Sekundarstufe I / Sekundarstufe II soll verbessert werden. Der Erziehungsrat hat deshalb am 23. August 2006 der Durchführung eines Projektes "8plus - Abschluss der obligatorischen Schulzeit" zugestimmt.

Eine umfassende Standortbestimmung im 8. Schuljahr (mit Einbezug des Stellwerks¹) schafft ausreichende Grundlagen für eine optimale Entwicklungs- und Förderorientierung für die Berufswahl, den Übertritt in eine weiterführende Schule oder die Vorbereitung auf die Anschlusslösung. Das 9. Schuljahr wird umgestaltet. Mit einer Reduktion des Pflichtbereichs und gleichzeitigem Ausbau des Wahlpflichtangebotes, der Einführung von Projektunterricht und Abschlussarbeit erfolgt eine bessere Anpassung der schulischen Angebote an die Voraussetzungen und die spezifischen schulischen Bedürfnisse der Jugendlichen für den Übergang in die Sekundarstufe II.

Stand

Zwischen dem 11. April 2011 und dem 11. Juni 2011 fand eine Vernehmlassung statt. Der Erziehungsrat hat an seiner Sitzung vom 29. Juni 2011 beschlossen, die Vorschläge umzusetzen.

Nächste Schritte

Der formale Beschluss zur Einführung wird vorbereitet.

Ziel bis Ende Jahr

Der Erziehungsrat hat die formalen Beschlüsse zur Einführung gefasst.

Evaluation der Fördermassnahmen

[Zurück zur Übersicht](#)

Am 7. Mai 2008 hat der Erziehungsrat die Richtlinien zu den Fördermassnahmen beschlossen und auf den 1. August 2008 in Kraft gesetzt.

Die Richtlinien bezwecken die einheitliche und sachrichtige Anwendung beim Vollzug aller Fördermassnahmen. Sie regeln zudem die Integrative Förderung. Im Laufe des Schuljahres 2011/12 sollen die bisherigen Erfahrungen durch eine aussenstehende Stelle evaluiert werden.

Stand

Die Umfrage durch das Institut für Heterogenität an der Pädagogische Hochschule Zentralschweiz (PHZ) Luzern wurde durchgeführt. Die Auswertung ist im Gange.

Nächste Schritte

Der Auswertungsbericht der PHZ Luzern wird fertiggestellt.

Ziel bis Ende Jahr

Der Erziehungsrat hat den Auswertungsbericht zur Kenntnis genommen und die Anpassungen der Richtlinien sind festgelegt.

¹ Mit dem Kompetenzmessungsverfahren „Stellwerk“ können die Schülerinnen und Schüler im achten Schuljahr in verschiedenen Fächern webbasiert ihr Wissen und Können testen. Die Ergebnisse werden in einem Profil dargestellt. Sie dienen als Grundlage für die Planung der Verbesserung im betreffenden Fachbereich.

Revision des Promotionsreglements

[Zurück zur Übersicht](#) Das bestehende Promotionsreglement stammt aus dem Jahr 2002. Es soll in Hinblick auf zwei Punkte revidiert werden:

- die Sozial- und Selbstkompetenz kann heute im Zeugnis nur unter den Bemerkungen im Sinne einer Disziplinar massnahme beurteilt werden. Alle anderen Kantone der Zentralschweiz kennen eine spezielle Rubrik für die Beurteilung der Sozial- und Selbstkompetenz.
- Die Promotion in der integrierten und kooperativen Oberstufe soll neu geregelt werden (Berechnungsmodus).

Ausserdem drängen sich einige weitere Anpassungen auf, weil verschiedene Situationen im Zeugnis nicht oder zu wenig präzise beschrieben werden können (bspw. Abwesenheiten, Wegzug von Schülerinnen und Schülern, Anpassung von Lernzielen).

Stand

Die Projektgruppe hat ihre Arbeiten abgeschlossen. Der Erziehungsrat hat am 1. Juni 2011 eine erste Lesung des überarbeiteten Reglements vorgenommen.

Nächste Schritte

Der Erziehungsrat gibt am 31. August 2011 einen Bericht für die Vernehmlassung frei. Die Vernehmlassung wird zwischen 1. September 2011 und 31. Oktober 2011 durchgeführt.

Ziel bis Ende Jahr

Der Erziehungsrat hat die Änderungen beschlossen.

Ferienregelung zwischen den Weihnachts- und Sommerferien

[Zurück zur Übersicht](#) Der Schulrat Atdorf gelangt mit Schreiben vom 12.2.2009 an den Erziehungsrat, die Aufteilung der Ferien- und Schulzeit zwischen den Weihnachts- und Sommerferien neu zu regeln. Eine Konsultativabstimmung an der Schulpräsidienkonferenz vom 15. Mai 2009 ergab, dass eine Mehrheit der Schulbehörden das Thema Ferienregelung erneut aufrollen will. Das Amt für Volksschulen stellt fest, dass der kantonale Rahmen- und Ferienplan zunehmend an koordinierender Wirkung verliert. Seit rund 3 Jahren regeln die Schulgemeinden ihre Ferien in zunehmendem Mass unterschiedlich.

Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretungen der Volksschule, der kantonalen Schulen, S&E und LUR wird eingesetzt. Es werden Varianten aufgezeigt, die die Ferien zwischen Weihnachten und Sommerferien regelmässiger rhythmisieren (inklusive Feiertagsbrücken). Zudem werden Zeitpunkt und Dauer der Ferien von kantonalen und gemeindlichen Schulen koordiniert. Die neue Ferienregelung tritt im Schuljahr 2013/14 in Kraft.

Stand

Die Vernehmlassung wurde durchgeführt. [LINK](http://www.ur.ch/de/bkd/ds/vernehmlassungen-m1644/) auf die Ergebnisse:

Der Erziehungsrat hat die entsprechenden Beschlüsse gefasst:

[LINK](http://www.ur.ch/de/la/sk/medienmitteilungen-direktionen-m658/?m=658&information_id=5937) auf Medienmitteilung: http://www.ur.ch/de/la/sk/medienmitteilungen-direktionen-m658/?m=658&information_id=5937

Nächste Schritte

Der Erziehungsrat beschliesst am 31. August 2011 den Rahmenferienplan für das Schuljahr 2013/2014. Damit ist das Projekt abgeschlossen.

Interventionsplan Amoklauf für die Schulen

[Zurück zur Übersicht](#) In Zusammenarbeit zwischen Abteilung Schulpsychologischer Dienst (SPD), Amt für Volksschulen, der Polizei und den Schulleitungen soll ein neuer Interventionsplan für den Bereich Amoklauf erarbeitet werden.

Stand

Es fand eine erste Besprechung statt, bei der das weitere Vorgehen festgelegt wurde.

Nächste Schritte

Es wird ein möglicher Inhalt erarbeitet. Dieser wird mit der Vereinigung Schulleiterinnen und Schulleiter Uri (VSL) besprochen. Darauf wird ein Musterdossiereinsatz erstellt. Darauf gestützt sollen die Schulen verpflichtet werden, ein Dossier für die eigene Schule zu erarbeiten.

Ziel bis Ende Jahr

Der Interventionsplan liegt vor und ist allen Schulen bekannt.

Projekte der Ansprechstelle Integrationsfragen

[Zurück zur Übersicht](#) Am 26. Oktober 2010 hat der Regierungsrat das Umsetzungskonzept Integration Uri zur Kenntnis genommen. Das Konzept (siehe <http://www.ur.ch/dateimanager/umsetzungskonzept-integration-uriv11.pdf>) schlägt eine Reihe von Massnahmen vor. Im Laufe des Jahres 2011 sollen folgende Punkte an die Hand genommen werden:

- Es wird eine Informationsmappe für Neuzugezogene erstellt.
- Es wird ein Konzept für das Pilotprojekt Erstinformation erarbeitet.

Stand

Die Informationsmappe wurde erstellt. LINK auf die Information in verschiedenen Sprachen: <http://www.ur.ch/de/bkd/afv/integration-m2291/>

Nächste Schritte

Das Konzept Erstinformation wird bei den Gemeinden in eine Vernehmlassung gegeben.

Ziel bis Ende Jahr

Die Informationsmappe ist im Einsatz. Das Konzept Erstinformation ist erarbeitet, damit es im 2012 erprobt werden kann.

Case Management Berufsbildung

[Zurück zur Übersicht](#)

Mit Case Management will der Bund den Übergang von der Volksschule über die Berufsbildung ins Erwerbsleben verbessern (vgl. Dossier "[Case Management](#)").

Der Regierungsrat hat entschieden, dass im Kanton Uri ein Case Management Berufsbildung gemäss Vorgaben des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT) in Zusammenarbeit mit den anderen Zentralschweizer Kantonen umgesetzt werden soll. Die Ziele des Projektes *Case Management Berufsbildung* in Uri sind die folgenden:

- Die Prozessabläufe (insbesondere an den Schnittstellen) sind geklärt, beschrieben und werden von allen beteiligten Institutionen eingehalten.
- Es ist geklärt, zu welchem Zeitpunkt bei welcher Institution die Entscheidungs-, Handlungs- und Steuerungskompetenzen liegen. Die Rollen der einzelnen Akteure sind klar.
- Es findet an der Oberstufe eine frühzeitige Erfassung der Personen statt.
- Die bestehenden Betreuungsangebote arbeiten in jedem Einzelfall optimal zusammen.
- Für Personen, welche durch das Case Management Berufsbildung erfasst wurden, wird eine übergeordnete Fallführung eines Case Managers, einer Case Managerin angeboten, welche die Betreuungsaufgaben und die Massnahmen von der Erfassung, über die Vorbereitung auf die Berufsbildung, die berufliche Grundbildung, den erfolgreichen Lehrabschluss bis zur nachhaltigen Eingliederung in die Arbeitswelt koordiniert. Sie/er führt während des ganzen Prozesses den Fall.

Stand

Als Projektleiter wurde Peter Tresoldi eingesetzt. Es wurde eine erste Evaluation durchgeführt. Ab 2012 wird das Case Management Berufsbildung durch die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung angeboten. Dies unter dem Vorbehalt der Budgetgenehmigung durch den Landrat.

Ziel bis Ende Jahr

Nahtloser Übergang des Case Management Berufsbildung von der Projektleitung zur Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung.

Einführung neuer Berufe

[Zurück zur Übersicht](#)

Im 2011 werden neue Berufe nach Grundlagen des neuen Berufsbildungsgesetzes eingeführt. Die Einführung der folgenden Berufe ist gemäss Masterplan des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie geplant:

- Plattenleger EFZ/EBA²,
- Drogist EFZ,
- Kaminfeger EFZ,
- Maurer EFZ,
- Baupraktiker EBA,
- Bäcker-Konditor Confiseur EFZ / EBA,
- Recyclist EFZ,
- Mediamatiker EFZ,
- Augenoptiker EFZ,
- Pilot Gesundheit und Soziales EBA,
- Holzbearbeiter EBA.

² EFZ: eidg. Fähigkeitszeugnis; EBA eidg. Berufsattest

Stand

Das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT hat die Bildungsverordnungen und die zugehörigen Bildungspläne für einzelne der obigen Berufe festgelegt. Die Bildungsbewilligungen zu den neuen Berufen wurden im Anschluss erteilt und die Einführungsveranstaltungen, welche in Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeitswelt geplant und organisiert wurden, fanden statt. Die neuen Berufe sind auf Sommer 2011 eingeführt worden.

Ziel bis Ende Jahr

Die Lehrbetriebe sind zu den neuen beruflichen Grundbildungen informiert. Die Bildungsbewilligungen sind erteilt. Die Zahl der Lehrstellen bleibt in den betroffenen Berufen trotz Reformen konstant.

Externe Evaluation der Kantonalen Mittelschule und des bwz uri

[Zurück zur Übersicht](#)

Der Regierungsrat hat in seinem Legislaturprogramm 2008 bis 2012 festgehalten, dass er an der Berufsfachschule (bwz uri) und an der Kantonalen Mittelschule externe Evaluationen durchführen will.

Das bwz uri verfügt über ein Qualitätsmanagementsystem nach ISO Norm. Bei diesem System werden regelmässig so genannte Audits als externe Evaluationen durchgeführt. Das nächste Audit ist im Jahr 2011 vorgesehen.

Anders zeigt sich die Situation bei der Kantonalen Mittelschule Uri. Hier fanden bisher erst punktuell Evaluationen statt. Eine ganzheitliche externe Evaluation des Qualitätsmanagementsystems wurde bisher noch nicht durchgeführt.

Im 2011 soll die Kantonale Mittelschule durch die Interkantonale Fachstelle für Externe Schulevaluation auf der Sekundarstufe II (IFES) evaluiert werden.

Stand

Der Regierungsrat hat die Evaluation durch IFES bewilligt. Der entsprechende Betrag ist im Budget 2011 enthalten. Der entsprechende Vertrag mit IFES wurde abgeschlossen.

Nächste Schritte

Die Evaluationen werden durchgeführt.

Ziel bis Ende Jahr

Die Evaluationen sind durchgeführt und die Daten für das Erstellen der Berichte an den Regierungsrat erhoben.

Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung

Interaktive Berufswahlplattform auf berufsberatung.ch

[Zurück zur Übersicht](#) Auf dem nationalen Portal www.berufsberatung.ch wurde eine interaktive Berufswahl-Plattform www.myBerufswahl.ch aufgebaut. Mit verschiedenen neuen Online-Werkzeugen werden Jugendliche durch den Berufswahlprozess begleitet, Eltern unterstützt und Lehrpersonen auf Unterrichtsmaterialien hingewiesen.

Stand

Bereits sind im Kanton Uri 534 Accounts aktiviert, 470 Schülerinnen und Schüler sind auf der Plattform angemeldet (fast alle aus der jetzigen 2. Oberstufe). Dazu kommen 56 Lehrpersonen und 8 Eltern.

Nächste Schritte

Die angemeldeten Jugendlichen, Eltern und Lehrpersonen erhalten regelmässig Remindermails zur aktuellen Phase der Berufswahl. Die Klassenlehrpersonen der jetzigen 1. Oberstufe werden noch vor den Sommerferien über die Möglichkeiten der Berufswahlplattform informiert. Als zusätzliches Hilfsmittel erhalten alle Schülerinnen und Schüler in der 1. Oberstufe ein Register, welches hilft, die zukünftigen Berufswahlaktivitäten vor- und nachzubereiten.

Ziele bis Ende Jahr

Möglichst alle Schülerinnen und Schüler der 1. Oberstufe sind auf der Plattform angemeldet. Die Information der Eltern wird intensiviert.

Sportförderung

Konzept Erwachsenensport im Kanton Uri

[Zurück zur Übersicht](#) Das Sportkonzept des Bundes sieht vor, den Erwachsenensport in der Schweiz neu zu konzeptionieren. Das Bundesamt für Sport wurde mit der Umsetzung beauftragt. Die Kantone sind dabei die wichtigsten Partner des Bundesamtes. Bereits bestehende Partner wie "Pro Senectute" im Erwachsenensport sollen dabei auf allen Stufen miteinbezogen werden. In Magglingen wird die Kaderausbildung zentralisiert angeboten. Die Kantone koordinieren den Bedarf an Kursen und Angeboten in verschiedenen Sportarten und mit verschiedenen Partnern. Der Anteil der inaktiven Schweizer Bevölkerung soll durch diese gezielten Massnahmen verringert werden.

Stand

Der Projektauftrag wurde von der Bildungs- und Kulturdirektion der Abteilung Sport erteilt. Entsprechende Vorarbeiten wurden geleistet.

Nächste Schritte

Die Abteilung Sport wird eine breit abgestützte Projektgruppe bilden. Die Projektgruppe wird ein Konzept erarbeiten.

Ziel bis Ende Jahr

Die Projektgruppe Erwachsenensport Uri legt bis Ende des Jahres 2011 der Bildungs- und Kulturdirektion ein konkretes Konzept zur Vernehmlassung vor.

Sportanlagenkonzept

[Zurück zur Übersicht](#)

Gemäss Artikel 16, Absatz 2 der Sportverordnung (RB 10.4111) legt der Kanton in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Organisationen, die sich der Sportförderung widmen, die Grundlagen für eine zukunftsgerichtete Sportanlagenpolitik fest. Damit dies geschehen kann, muss ein Konzept für die Sportanlagen erstellt werden.

Stand

Der Projektauftrag wurde von der Bildungs- und Kulturdirektion der Abteilung Sport erteilt. Die Projektgruppe wurde gewählt und hat zwei Sitzungen abgehalten. Zudem wurde eine breite Umfrage über die Situation und Bedürfnisse bezüglich Sportanlagen bei Vereinen, den Besitzern von Sportanlagen und den Schulen durchgeführt und ausgewertet.

Nächste Schritte

Das Konzept wird erstellt.

Ziel bis Ende Jahr

Ein Kantonales Sportanlagekonzept ist erstellt und vom Regierungsrat zur Kenntnis genommen.

Revision des Sportreglements

[Zurück zur Übersicht](#)

Das geltende Reglement über die Förderung des Sports (Sportreglement RB 10.4113) vom 14. August 2007 hat sich zwar im Grundsatz bewährt. Trotzdem soll es bezüglich verschiedener Punkte einer Revision unterzogen werden. Das Sportreglement bildet die Grundlage für die Festlegung verschiedener Beiträge an die Vereine. Die praktische Erfahrung hat gezeigt, dass der Verwaltungsaufwand sowohl bei den Vereinen als auch bei der Abteilung Sport hoch ist und durch Pauschalierungen vereinfacht werden kann. Mit entsprechenden Anpassungen im Sportreglement soll hier eine wesentliche Vereinfachung erreicht werden.

Auf Ebene Bund ist in den letzten Jahren im Bereich der Jugendförderung das Programm J+S Kids eingeführt worden. Am 17. Juni 2011 hat das Parlament zudem das Sporförderungsgesetz beschlossen. Mit der Revision des Reglements sollen diese neuen Entwicklungen aufgefangen werden.

Stand

Verwaltungsintern wurde ein Entwurf für die Revision erarbeitet und vom Rechtsdienst begutachtet.

Nächste Schritte

Zwischen dem 3. Oktober 2011 und 30. November 2011 findet eine breite Vernehmlassung statt.

Ziel bis Ende Jahr

Der Regierungsrat hat die Revision beschlossen.

Kulturförderung

Umsetzung der UNESCO Konvention zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes IKE

[Zurück zur Übersicht](#)

Am 16. Oktober 2008 ist die UNESCO-Konvention zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes für die Schweiz in Kraft getreten. Die Schweiz hat sich darin verpflichtet, ein Inventar zu erarbeiten, zu führen und periodisch zu aktualisieren. Im April 2010 haben die Kantone einen Leitfaden erhalten und im Juni 2010 wurde die Inventarisierung offiziell lanciert.

Stand

Die Zentralschweizer Kantone erarbeiten die Liste des Immateriellen Kulturerbes gemeinsam. Mit der Erarbeitung wurde Dr. Marius Risi beauftragt. Eine erste Entwurfs-Liste wurde im Februar 2011 in der Konferenz der Kantonalen Kulturbeauftragten der Zentralschweiz (KBKZ) und im Mai 2011 in der nationalen Steuerungsgruppe besprochen.

Nächste Schritte

Die Liste ist bis Juni 2011 in einer Vernehmlassung bei den Kantone. Darauf gestützt wird die Liste in der Steuerungsgruppe bereinigt. Die einzelnen Dossiers der „Lebendigen Traditionen“ werden bis Mitte Oktober 2011 detailliert erarbeitet. Im Frühjahr 2012 erscheint die Publikation

Ziel bis Ende Jahr

Dossier für Uri und die Zentralschweizerkantone ist eingereicht.

Kantonale Volksinitiative "Für ein Jugendhaus für Uri"

[Zurück zur Übersicht](#) Am 20. Oktober 2010 hat die JUSO Uri der Standeskanzlei Uri 226 Unterschriften für die kantonale Volksinitiative "Jugendhaus für Uri" eingereicht.

Stand

Der Regierungsrat hat am 2. November 2010 festgestellt, dass die Volksinitiative "Für ein Jugendhaus für Uri" die notwendige Zahl von gültigen Unterschriften erreicht und damit formell zustande gekommen ist. Die Volksinitiative wurde zur weiteren Bearbeitung der Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) zugewiesen. Der Regierungsrat diskutierte am 19. April 2011 über die Finanzierung einer Machbarkeitsstudie und verlangte, dass die Gemeinden den Lead übernehmen müssten. Ein Gespräch des Runden Tisch Jugendfragen am 9. Juni 2011 und eine Umfrage bei den Gemeinden ergab, dass man zur Zeit eher ablehnend der Initiative gegenübersteht, aber befürwortet, wenn der Kanton Grundlagen zur Machbarkeit zusammenträgt.

Nächste Schritte

Im Monat August 2011 wird ein Gegenvorschlag zur Initiative (siehe auch nächstes Ziel) in die Vernehmlassung gegeben.

Ziel bis Ende Jahr

Der Landrat hat die Vorlage behandelt und zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet.

Erarbeiten von rechtlichen Grundlagen für die Kinder- und Jugendförderung

[Zurück zur Übersicht](#) Der Landrat verabschiedete am 26. Mai 2008 den Bericht und Antrag des Regierungsrats an den Landrat zu einem kinder- und jugendpolitischen Leitbild. Der Regierungsrat hält in seinem Bericht Folgendes fest:

"Der Regierungsrat will, dass sich Uri zu einem ausgesprochen familien-, kinder- und jugendfreundlichen Kanton entwickelt. Die zentrale Erziehungsverantwortung tragen Eltern und Erziehungsberechtigte. Dem Erziehungsumfeld und den Gemeinden kommt eine Hauptrolle zu. Der Kanton unterstützt Gemeinden und private Institutionen und übernimmt auch eigene Aufgaben."

Als eine der konkreten Massnahmen will der Regierungsrat in der Legislatur 2008 bis 2012 prüfen, ob neue rechtliche Grundlagen für die zukünftige Kinder- und Jugendpolitik zu erarbeiten sind.

Stand

Eine Arbeitsgruppe hat einen Zwischenbericht erarbeitet. Zusammen mit den Gemeinden wurden Grundsätze zur Aufgabenteilung im Bereich der Kinder- und Jugendförderung erarbeitet. Der Regierungsrat am 16. August 2011 einen Bericht für die Vernehmlassung frei gegeben..

Nächste Schritte

Zwischen dem 22. August 2011 und 30. September 2011 wird eine Vernehmlassung durchgeführt.

Ziel bis Ende Jahr

Der Landrat hat die Vorlage für eine Ergänzung der Kantonsverfassung beschlossen und zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet.